

blick punkt



1. Mai

Für die Senkung der
Rüstungsausgaben!

Für die Rechte der Frauen und der aus-
ländischen Arbeitskollegen!

Für die Verstaatlichung und demokrati-
sche Kontrolle der Ölkonzerne!

Gegen Unternehmerwillkür und wirt-
schaftspolitische Entscheidungen der
Regierung, die den Profitinteressen des
Großkapitals dienen!

Für höhere Löhne und Gehälter, gegen
Preistreiberei und Mietwucher!

Für die Verteidigung der Arbeitsplätze,
gegen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit!

Für die Sicherung der Tarifautonomie,
gegen alle Angriffe auf das Streikrecht!

Gegen Terror und
Arbeitermord in Chile!

Wir rufen die Bevölkerung von Mörfelden auf,
unsere Forderungen durch den Besuch der Mai-
kundgebung zu unterstützen.

Macht keinen Kohl!

Natürlich kommt einem die Galle hoch, wenn man sieht, wie in Bonn SPD-Minister an der Steuerschraube drehen, wie sie um jeden Preisstopp einen Bogen machen, wie sie statt dessen gegen die Lohnforderungen der Gewerkschaften ins Feld ziehen, wie sie um die Monopolprofite einen Naturschutzpark errichten. Natürlich ist das keine Arbeiterpolitik. Aber ist es dann richtig, zur CDU zu laufen? Glaubt da wirklich jemand, der Kohl würde den preistreibenden Monopolen ans Leder gehen? Gibt es unter Strauß und Kohl mehr für die Arbeiter zu gewinnen? Im Gegenteil: Die CDU geht auf Dummenfang. Sie spekuliert mit der berechtigten Unzufriedenheit der Arbeiter über die Innen- und Gesellschaftspolitik der SPD-geführten Regierung. Die Stimmenabgabe für die CDU ist also kein Denkkzettel für die SPD, sondern damit wird der Bock zum Gärtner gemacht und der kapitalistische Kohl schießt ins Kraut. Wer will, daß es anders wird, daß endlich die Bankherren und Industriebosse zur Kasse gebeten werden – der muß DKP wählen. Der muß Kommunisten in die Parlamente schicken. Eher ändert sich nichts.

Wenn bei Betriebsratswahlen ein Betriebsratsvorsitzender abgewählt wird, weil er nur die Interessen der Geschäftsleitung kennt – soll ja schon mal vorkommen – dann wählen wir doch nicht statt seiner den Unternehmer zum Be-

triebsratsvorsitzenden, sondern den konsequentesten Gewerkschaftskollegen! So müssen wir uns auch bei kommenden Wahlen verhalten.

Rudi Hechler
Landtagskandidat der DKP im
Wahlkreis 47, Groß-Gerau



R. Hechler bei der Demonstration gegen die Fusion Mörfelden / Walldorf

Ratschlag

Dem Pressesprecher der Bundesregierung, Grünewald, ist bei den Beinahe-eine-Mark-Preisen für Benzin auch wieder etwas Altes eingefallen: Man müsse jetzt eben „langsamer fahren“ und dabei sparen,

Das ist ausbaufähig: Bei den gestiegenen Nahrungsmittelpreisen müssen die Leute langsamer kauen. Bei den steigenden Mieten müssen sie eben nur ein bißchen wohnen. Bei den steigenden Steuern und bei den steigenden Rüstungskosten gibt es die Möglichkeit, weniger zu rüsten und damit weniger zu blechen. Aber dazu schweigt Herr Grünewald.

Insgesamt ist sein Rat einen Dreck wert, wenn in diesem Lande nicht bald langsamer und weniger Profit gemacht wird. Und dieser Rat stammt wieder nicht von Herrn Grünewald, sondern von der DKP.

Chile-Spendenkonto eröffnet

Wie uns das Chile-Komitee „Solidarität für Chile“ mitteilte, ist vor kurzem ein Chile-Spendenkonto auf der Mörfelder Zweigstelle der Groß-Gerauer Kreissparkasse eingerichtet worden. Das Komitee bittet nun die Bevölkerung, unter dem Kennwort „Chile-Spende“ auf die Kontonummer 9003781 für das notleidende Volk von Chile Geldspenden zu überweisen.



Macht die Arbeiterpresse stark!

Das regelmäßige Erscheinen der Betriebs- und Ortszeitungen der DKP muß gesichert werden. Ihr Druck kostet Geld!

Täglich muß die UZ gedruckt werden. Das kostet Geld! Das Großkapital finanziert die Arbeiterpresse nicht. Für die Arbeiterpresse gibt es nur eine Finanzierung: die SOLIDARITÄT!

Kauft Bausteine für die Arbeiterpresse, für die UZ!

Macht die Arbeiterpresse stark!

Bausteine für die Arbeiterpresse gibt es für 2,- DM, 5,- DM, 10,- DM, 20,- DM, 50,- DM, 100,- DM, 500,- DM und 1000,- DM bei allen Mitgliedern, Gruppen und Vorständen der DKP. Spenden bitte an: „blickpunkt“-Konto 9003419 bei der Kreissparkasse Groß-Gerau

Baustein

für die Förderung der Arbeiterpresse,
für die UZ,
die Waffe im Kampf um Frieden,
Demokratie und Sozialismus

DM Zwanzig

DKP
Deutsche Kommunistische Partei
-ParteiVorstand-

Weg mit dem Paragraph 218!

In den vergangenen Wochen hat die demokratische Bewegung gegen den reaktionären § 218 neue Höhepunkte erreicht. In zahlreichen Demonstrationen und Unterschriftensammlungen haben sich Tausende berufstätige Frauen und Hausfrauen nachdrücklich für die Fristenlösung ausgesprochen. Gerade sie sind es, denen durch diesen Paragraphen das Recht, über sich selbst zu entscheiden, abgesprochen wird. Gerade sie sind es, die in allen gesellschaftlichen Bereichen besonders benachteiligt werden: sei es in der Berufsausbildung, sei es im Betrieb. Zu ihren Lasten geht der Mangel an Kinderhorten, Kindergärten und Vorschuleinrichtungen.

Dagegen sind es gerade die reaktionärsten Kräfte, die sich gegen die demokratischen Rechte der Frauen wenden. Sie argumentieren mit dem Schutz des werdenden Lebens, mit der angeblich natürlichen Bestimmung der Frau. Dabei schrecken sie selbst vor einschneidenden Beschränkungen der Meinungs- und Informationsfreiheit nicht zurück und hintertreiben die Aufklärung der Bevölkerung.

Ich meine, der reaktionäre § 218 schützt weder Mütter noch Kinder. Der beste Schutz ist: umfassende medizinische Aufklärung, die Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs bis zum dritten Monat unter ärztlicher Kontrolle und auf Krankenschein, die erhebliche Erweiterung des Mutterschutzes und der verstärkte Bau von gesellschaftlichen Einrichtungen für Kinder.

Dafür kämpfen wir Kommunisten von jeher. Dafür setzen sich auch die Kandidaten der DKP in den bevorstehenden Landtagswahlen ein.

Waltraud Träger
Mörfelden, Hochstraße 6

Bitte ausschneiden und einsenden

- Ich möchte der DKP beim Wahlkampf helfen.
- Ich möchte das Landeswahlprogramm kostenlos zugesandt bekommen.
- Ich möchte die Einzelprogramme der DKP kennenlernen.



Name _____

Anschrift _____



Mit einer Bezirksdelegiertenkonferenz in Mörfelden eröffnete die DKP Hessen den Landtagswahlkampf. In den Diskussionsbeiträgen kam die Entschlossenheit aller Delegierten und Mitglieder zum Ausdruck, sich mit allen Kräften für die Erweiterung des Einflusses der DKP einzusetzen.

Auf der Konferenz wurde das Landeswahlprogramm beschlossen und die Landesliste gewählt.

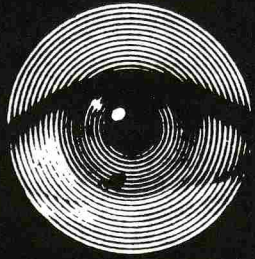
Der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, sagte in seinem Referat, daß es in den kommenden Wahlkämpfen darauf ankommt, den Einfluß der DKP in den Parlamenten zu verstärken. Denn gerade in der jetzigen Situation, in der die herrschenden Kreise ihre Angriffe auf unseren Lebensstandard verstärken, braucht die arbeitende Bevölkerung der BRD konsequente Vertreter – Abgeordnete der DKP – im Parlament.

Von den 55 Kandidaten der DKP-Landesliste sind 40 Arbeiter und Angestellte, (21 Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre), 15 Angehörige der Intelligenz und anderer Berufe. Fünf Kandidaten sind Stadtverordnete bzw. Gemeindevertreter.



Zu einem Gespräch traf sich der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, nach der Bezirkskonferenz der DKP Hessen in Mörfelden mit dem Bürgermeister der Stadt, Kurt Bachmann (SPD). Auf unserem Bild von links nach rechts: Erich Schaffner, DKP-Stadtverordneter, Herbert Mies, Bürgermeister Bachmann, Heinz Hechler, Fraktionsvorsitzender der DKP im Stadtparlament und Sepp Mayer, DKP-Bezirksvorsitzender in Hessen.

BLICKPUNKT KOMMUNAL



Auf Initiative der DKP wird sich der Magistrat um eine Änderung der Ampelschaltung am Rathausplatz einsetzen. Bisher kam es dort häufig zu Beinahe-Unfällen und gefährlichen Manövern, weil aus dem Steinweg in die Langener Straße einbiegende Fahrer den aus der Langgasse in die Bahnhofstraße fahrenden Wagen die Vorfahrt nahmen. Dies deshalb, weil wegen des flachen Einmündungswinkels des Steinwegs insbesondere für ortsfremde Fahrer nicht gleich zu sehen ist, daß sie Linksabbieger sind und die Vorfahrt der anderen beachten müssen. Unser Vorschlag, für Langgasse und Steinweg getrennte Grünphasen zu schalten, wurde angenommen.



Zur Haushaltsplanberatung brachten wir vorläufig vier Anträge ein. Der wichtigste betrifft das alte Rathaus, das nach der Einweihung des Mehrzweckgebäudes (Bachmann-Hilton) bald leerstehen wird. Wir forderten zunächst, daß das Gebäude auf keinen Fall kommerziell genutzt wird (also an irgendwelche Firmen vermietet). Die Stadt soll vielmehr prüfen, ob das Gebäude als Ärztehaus verwendbar ist und ob sich die Mörfelder Ärzte dort ein Zentrallabor einrichten können. Wenn dies nicht der Fall ist, so sollte das Gebäude den Mörfelder Vereinen zur Verfügung gestellt werden, so daß auf jeden Fall die Allgemeinheit von diesem schon fast historischen und zentral gelegenen Haus den Nutzen hat.



Im Gebiet nördlich der Langener Straße und im Baugebiet Mörfelden Süd gibt es bis heute keine Kinderspielplätze. Für die Kinder, die nördlich der Langener Straße wohnen, ist die nächste Spielmöglichkeit der Spielplatz am

Wasserturm. Daneben gibt es in diesem Gebiet einige offenbar ungenutzte Grundstücke. Wir beantragen, daß der Magistrat im Haushalt Mittel für den Spielplatzbau einstellt und mit den Eigentümern ungenutzter Grundstücke Verhandlungen über Ankauf oder Pacht aufnimmt.



Wußten Sie, daß in Mörfelden nur 15.900,— DM in diesem Jahr für Theater und Konzerte ausgegeben werden sollen? Wußten Sie, daß es im Vorjahr bei weniger Einwohnern mehr war, und daß dieser Haushaltsansatz stetig sinkt? Wir dachten, daß das gar nicht sein kann, daß die Mörfelder solche Kulturbanausen sind und beantragten eine Erhöhung dieses Postens auf

30.000 DM. Wir werden in absehbarer Zeit Vorschläge unterbreiten, wie man das Kulturangebot in Mörfelden erweitern kann.



Bisher bestand die Hauptaufgabe des Stadtjugendringes darin, Bettelbriefe an den Magistrat zu schreiben, weil er kaum frei verfügbares Geld hatte. Jede Planung hing von der Frage ab: Kriegen wir denn das Geld dafür? Wir stellten den Antrag, 2000,— DM im Haushaltsplan für den Stadtjugendring einzusetzen, über die er frei verfügen kann, damit wird ein wichtiger Beitrag zur Erleichterung der Arbeit des Mörfelder SJR geleistet, der im ganzen Kreisgebiet einen guten Ruf als aktivster Ring hat. Das soll unserer Meinung nach auch so bleiben.

Verkehrsprobleme

Der Verkehr in unserer Stadt hat sich in den letzten Jahren und Monaten außerordentlich verstärkt und stellt mehr denn je eine Gefahrenquelle dar. Insbesondere der Durchgangsverkehr stellt eine außerordentliche Belastung der Bürger dar, denn Mörfelden liegt an der Kreuzung zweier starkbefahrener Bundesstraßen. Die CDU fordert vom Magistrat Maßnahmen zum Neubau einer Umgehungsstraße. Sie begründet das unter anderem damit, daß durch verstärkten Straßenbau günstiger Einfluß auf die Konjunktur genommen werden könne. Wir standen diesem Antrag ablehnend gegenüber, weil der Bau einer solchen Straße nur eine Milderung, nicht aber eine Lösung des Verkehrsproblems darstellt. Stadtverordneter Hechler sagte dazu unter anderem:

„Wir haben es einmal mit dem innerstädtischen Verkehr zu tun. Um zumindest diesen Teil des Verkehrs nicht noch zu vergrößern, sieht die DKP die einzige Möglichkeit in ihrer Forderung, keine weiteren Wohn- und Industriegebiete auszuweiten und auch das Gebiet zwischen Walldorf und Mörfelden ungebaut zu lassen.

Der Durchgangsverkehr, der in erster Linie die Belästigungen für die Mörfelder Bevölkerung bringt, soll nun nach Vostellung der übrigen Parteien auf neuen Umgehungsstraßen um den Ort herum geleitet werden. Geplant ist schon seit Jahren eine Neutrassierung der B44, von dem Wohngebiet an den Eichen, hinter dem Mörfelder Industriegebiet herum, durch das einzige noch landwirtschaftlich genutzte Gebiet, durch schöne Wiesen, durch das Waldgebiet ‚Lindenstück‘ um das Gewerbegebiet herum bis zur Nicolauspforte auf die alte B44. Von dort eine Anbindung der B486 wiederum durch schönen Wald, der fallen muß, in unser schönstes Fleckchen überhaupt über die Faulbruchwiesen, bis zum Schlangenloch. Sicherlich würde das momentan eine Erleichterung für die Bürger der Langener-, Groß-Gerauer- und insbesondere der Westendstraße bringen. Da wir uns, und damit der gesamten Bevölkerung hiermit sehr starke Nachteile unserer jetzt schon aufs Äußerste belasteten Umwelt einhandeln, sollte man hier nicht voreilig und unüberlegt handeln. Hier darf man nichts übers Knie brechen, aber auch nichts auf die lange Bank schieben. Selbstverständlich muß den Anliegern der genannten Straßen geholfen werden. Dazu muß der Magistrat als erstes eine

Studie über die gesamte Verkehrssituation in und um Mörfelden erstellen lassen. Weiterhin, falls eine Neutrassierung unumgänglich wird, muß diese Stadtverordnetenversammlung die Planung im Interesse der gesamten Bevölkerung beeinflussen. Hierzu ist eine tiefgreifende Aufklärung der Bürger über die Problematik der Dinge unumgänglich.

Die Bevölkerung darf nicht in einzelne Interessengruppen gespalten werden. Es darf nicht soweit kommen, daß verschiedene Straßen- und Bürgerinitiativen von verschiedenen Parteien unterstützt, sich gegenseitig den Verkehr in die Straßen schieben. Darüber hinaus muß die Planung Teil einer Reihe von anderen Maßnahmen zur Bewältigung des Verkehrs sein. Können nicht zum Beispiel Teile des Verkehrs eingeschränkt werden? Kann man nicht dem LKW-Verkehr zumuten, über die Autobahn Flughafen—Mönchhof Dreieck nach Rüsselsheim zu gelangen? “



Zur Entschärfung von Gefahrenpunkten des innerstädtischen Verkehrs und zur Sicherheit der Bürger stellte die DKP zwei Anträge, die nach einiger Diskussion angenommen wurden. Zum ersten werden in der Kirchgasse Hinweisschilder „Vorsicht! Kinder!“ angebracht, um ortsfremde Fahrer auf die Gefahr für die Kinder hinzuweisen, die den evangelischen Kindergarten besuchen. Unter anderem durch die Ansiedlung einer Elektrofirma hat sich der Verkehr in dieser kleinen Straße stark erhöht.

Zur Diskussion gestellt

Nachdem im Ortskern sämtliche Grünflächen beseitigt und zubetoniert wurden, nachdem die alte Wildhube einem Einkaufszentrum zum Opfer fiel, nachdem die Grünstreifen um das alte Kriegerdenkmal zugeschüttet wurden, nachdem das Forstamtsgelände zubebaut wurde, heißt es doch tatsächlich in Punkt 1 einer Anfrage der SPD:

„Welche Möglichkeiten sieht der Magistrat, um eine ‚Verbauung‘ im Ortskern und anderen bereits bebauten Gebieten der Stadt Mörfelden zu verhindern?“

Und in Punkt 3: „Welche Perspektiven werden gesehen, um das Kerngebiet von Mörfelden für die Fußgänger attraktiver zu machen und den Autoverkehr zurückzudrängen...?“ In der Begründung steht dann zu Anfang der schöne Satz: „Zunehmend ist zu beobachten, daß in Altbaugebieten auch das letzte Stück Frei- und Grünfläche bebaut wird...“

Die SPD fragt und begründet das also, nachdem sie selbst die Befürworter dieses sinnlosen Zubetonierens waren. Da sollte man wirklich einmal fragen, was das eigentlich soll.

Hat die SPD jetzt endlich erkannt, daß die „Otto-Berz-Eiche“* ein gar zu mickriges Feigenblatt in punkto Umweltschutz darstellt? Aber dann sollen die Privatgärten der Altstadtbewohner auf einmal die grüne Lunge ersetzen, die die SPD auf öffentlichem Gebiet so sinnlos verspielt hat!

Aber es geht noch weiter. In der Begründung heißt es so schön: „Bei einer Bebauung im Kerngebiet muß daran gedacht werden, daß der Kraftfahrzeugverkehr zurückgedrängt werden und die Innenstadt mittelfristig zu einem Bereich der Fußgänger werden muß.“ Sehr schön. Da wird erst mit viel Aufwand die Langstraße begradigt (wegen des Durchgangsverkehrs!) und dann soll das mittelfristig eine Fußgängerzone werden.

Eine Fußgängerzone inmitten von Supermärkten, Mehrzweckgebäuden und viel Beton und Asphaltflächen, auf denen einige kapitale Blumentöpfe und Glasvitrinen mit „fleißigen Lieschen“ die intakte Umwelt symbolisieren sollen.

Weiter steht in der Anfragebegründung dieser Satz: „Zunehmend ist zu beobachten, daß Dach- und Kellergeschosse ausgebaut und in ehemaligen Gärten ‚Zweithäuser‘ stehen. Abgesehen von den Umweltbelastungen und dem Absinken der allgemeinen Wohnqualität hat eine planlose Bebauung schwere Nachteile für die künftige Entwicklung des Kerngebietes und verhindert eine dringend notwendige Sanierung des Ortskerns.“

Zweithäuser in ehemaligen Gärten sowie ausgebauten Dach- und Kellergeschosse belasten die Umwelt und die Wohnqualität – aber, so scheint’s – nur im Ortskern und im schon bebauten Gebiet der Stadt. Anderswo nicht. Anderswo herrschen wohl andere Gesetze. Wenn ein paar Leute ein Häuschen in den Garten stellen (in der Hauptsache für die Jungen oder für die Oma) dann gehen wichtige Grünflächen verloren und belasten die Umwelt.

Wenn aber ein Bebauungsplan das Hundertfache an Grünflächen frißt, wie Steinweg Nord I und II, dann stimmt die SPD dem zu. Ist dort die Umwelt anders?

Im Neubaugebiet gibt es kaum einen Keller, der nicht ausgebaut und vermietet wäre (z.B. in der Berliner Straße). Hat unsere SPD auch dort schon gegen die Verminderung der Wohnqualität protestiert? Nein. Sie hat die Baupläne genehmigt und sich verstärkt für die Bebauung in Steinweg Nord II eingesetzt. Was soll eine solche Anfrage denn überhaupt? Sie dient doch lediglich dazu, der Bevölkerung vorzugaukeln, daß die SPD sich für ihre Interessen (hier Umweltschutz) einsetzt.

* Volkstümliche, von Mörfelder Altstadtbewohnern erfundene Bezeichnung für einen der letzten übriggebliebenen Bäume des alten Forstamtsgeländes.



Mitten auf dem Rathausplatz

hatten Unbekannte ein Steinkreuz einbetoniert mit der Aufschrift „Hier ruht in Frieden – die kommunale Selbstverwaltung – Mörfelden – gestorben am 28.2.1974.“

JUGEND

„1 Minute vor 12“

Der Punkt Jugendzentrum war einer der heftigst diskutierten Themen der letzten Vollversammlung des Stadtjugendringes (SJR).

Hier wurde vor allem der Magistrat der Stadt heftig kritisiert und ihm Passivität vorgeworfen. „Der Magistrat hat es versäumt, sich um das Jugendproblem zu kümmern“, wurde mehrmals festgestellt.

Rückblickend stellte Gerd Schulmeyer (2. Vorsitzender) fest: „Seit 1968, als der SJR neu aktiviert wurde, ist einiges getan und erreicht worden, Das Bestreben der Jugend nach einem eigenen Treff wurde aufgegriffen und gegenüber der Stadt dargelegt. Vieles ist natürlich versäumt worden. Aber hier müssen wir ansetzen und daran arbeiten, um die Einrichtung eines solchen Jugendhauses durchzusetzen.“ Auch Pfarrer K.H. Geil wies noch einmal auf die Notwendigkeit einer solchen Einrichtung hin und sagte mit Blick auf die anwesenden Magistratsmitglieder: „Wollen Sie, daß die Kriminalisierung der Jugend so zunimmt wie z.B. in Berlin oder in der Frankfurter Nordweststadt? Hier wurde auch nichts für die Jugend getan. Es ist eine Minute vor zwölf.“

Stadtjugendring gegen Zusammenschluß

Auch zum Thema Fusion, das in letzter Zeit die Gemüter der Bevölkerung erhitze, nahm der SJR Stellung. „In der Frage der Fusion der beiden Städte Mörfelden/ Walldorf haben sich die meisten Parlamentarier über die Köpfe der Bevölkerung hinweggesetzt. Wir mißbilligen diesen Beschluß“, betonte man. Mit großer Mehrheit wurde dann folgender Antrag verabschiedet: „Der SJR Mörfelden lehnt es ab, sich freiwillig mit dem SJR Walldorf zusammenzuschließen. Der SJR läßt sich nicht von der Mehrheit der Mörfelder Parlamentarier verkaufen.“

An unsere älteren Mitbürger in Mörfelden

Wußten Sie schon, daß

... Sie die Rundfunk- und Fernsehgebühr erstattet bekommen?

... Sie kostenlos Telefon beantragen können?

Die Stadt bezahlt Ihnen die einmaligen Anschlußkosten und die jeden Monat anstehende Grundgebühr.

... Sie Zuschüsse zum Heizöl erhalten können?

Anträge und Auskünfte bei der Stadt, Sozialamt, Zimmer 5, bei Frau Schaffner.

Die CDU auf Dummenfang

Massive Kritik übte LEONHARD PEEZ, Sprecher der CDU-Fraktion von Mörfelden, an der hessischen Politik. Nicht nur die Verwaltungsreform mißfällt ihm, genauso wendet er sich gegen Flughafenpläne und Rahmenrichtlinien. Zu letzteren formulierte er die Meinung: „Die sind wohl in Ostberlin abgeschrieben worden!“

Neue Presse, 23.3.1974

Für ein Ernstnehmen der Diskussion um die Rahmenrichtlinien setzte sich HUGO JUNG, stellvertretender Landesvorsitzender der Jungen Union und Walldorfer Kreistagsabgeordneter, ein. Zu den Auseinandersetzungen in Groß-Gerau zwischen JU und CDU einerseits und den Sozialdemokraten andererseits meinte er: „Natürlich ist diese Diskussion der SPD, mit Frankfurt vor der Haustür, nicht recht. Aber wenn man dann noch bedenkt, daß sich Konrektor Maier, der Leiter der Gesamtschule Mörfelden/Walldorf, als Leitartikler im DKP-Organ entpuppt, kann einem wirklich bange werden.“

Neue Presse, 21.3.1974

Zwei kleine Pressenotizen, die sehr viel aussagen. Offenbar soll hier Stimmung gemacht werden, Stimmung gegen die Gesamtschule und den Inhalt des dort gegebenen Unterrichts. Auffallend ist natürlich, daß die beiden Herren von der CDU auf ein altes Vorurteil spekulieren, das da heißt: Der Kommunismus ist von Übel, alles was aus der DDR kommt oder von der DKP, ist schlecht. Und mit dieser knallroten Vogelscheuche wollen die Herren dann ahnungslose Leute ins Bockshorn jagen. Seht her, Eure Kinder werden kommunistisch infiltriert! Dieser Stimmungsmache, hinter der ganz bestimmte Interessen stehen, muß entschieden entgegengetreten werden; es muß Aufklärung geschaffen werden.

Es ist das unveräußerliche Recht der Eltern, ihren Kindern eine umfassende, gute Bildung zukommen zu lassen. Es ist vor allem das Recht derjenigen Eltern, die selbst in ihrer Jugend nicht die Gelegenheit hatten, sich eine gute Schulbildung anzueignen. Es ist doch letzten Endes ein Teufelskreis: Vater

hatte keine höhere Schulbildung, und kann es sich in seinem heutigen Beruf wieder nicht leisten, sein Kind in weiterführende Schulen zu schicken. Es sind deshalb alle Bestrebungen begrüßenswert, die das bisherige „Drei-Klassen-Schulsystem“ (Volksschule, Mittelschule, Gymnasium) abschaffen wollen und dafür eine einheitliche Schule einführen, die alle bisherigen Volksschüler, Mittelschüler und Gymnasiasten umfaßt und allen den Weg zum Abitur eröffnet, auch denen, die bisher auf den Besuch des Gymnasiums verzichten mußten. Damit wird verhindert, daß etwa ein intelligenter Schüler aus verschiedenen Gründen nur die Mittelschule besucht, während ein weniger guter, der aber wohlhabende Eltern hat, ein Gymnasium besuchen kann. Eine solche Schule, oder zumindest ihr Vorläufer, ist die Gesamtschule, die von der DKP deshalb, wenn auch mit einigen Einschränkungen, befürwortet wird. Wir befürworten (zumindest in der Hauptsache) auch die hessischen Rahmenrichtlinien, die in letzter Zeit so heiß umkämpft sind und über die viel Unsachliches geredet wird. Diese Richtlinien ersetzen den alten Lehrplan. Sie geben dem Lehrer den Rahmen, in dem sich sein Unterricht bewegen soll. Aber sie unterscheiden sich in einem grundlegend vom alten Lehrplan: Das geistlose Auswendiglernen von totem Wissen soll verhindert werden, statt dessen soll der Schüler verstärkt lernen, selbsttätig zu denken, mitzudenken, eine Sache von verschiedenen Seiten zu betrachten. Viele erinnern sich an Dinge, die man in der Schule lernen mußte, die aber völlig unbrauchbar waren. 333 v. u. Z. war zum Beispiel die Schlacht bei Issus. (Stichwort: drei-drei-drei – bei Issus Keilerei.) Solche und ähnliche Sprüche gab es viele. Unter anderem dienten sie dazu, die Nebenflüsse des Mains oder sonstwas sich zu merken. Man schleppt sie ein Leben lang herum und kann im Prinzip nichts damit anfangen. Es gibt noch weitere Sprüche, die sich durch Jahrzehnte halten, sie sitzen in den Köpfen vom Opa bis zum Enkel („Die Ukraine ist die Kornkammer Europas“, z.B., als ob die Ukrainer nichts anderes zu tun hätten, als für die Europäer Korn anzubauen – mittlerweile werden da auch Autos, Fernseher und Weltraumraketen hergestellt). Oder: „Neben großen Erdnußplantagen erstrecken sich tiefe Urwälder“ – Stichwort: Afrika. Es gibt mittlerweile eine ganze Menge Afrikaner, die auch etwas anderes können, als Erdnüsse anzubauen – beispielsweise mischt bei der Fußballweltmeister-

schaft auch eine afrikanische Mannschaft mit. Denn was nützt es dem Schüler, wenn er auswendig hersagen kann, wann der Bundestag zum ersten Mal seine Arbeit aufnahm, wenn er nicht weiß, wie er funktioniert, wie er sich von 1949 bis heute gewandelt hat usw. Man lernt auch anhand schöner Skizzen die Struktur der BRD, mit Bundestag und Bundesrat usw. In diesem Zusammenhang lernt jeder Schüler, daß jedermann das Recht hat, ein Gesetz einzubringen. Das nützt ihm solange nichts, als er nicht gleichzeitig weiß, daß so ein Gesetz wahrscheinlich keine Chance hätte, durchzukommen. Denn fast alle Gesetze werden von der Regierung, von den Parteien oder von Interessenverbänden eingebracht, und von letzteren hängt es oft ab, ob so ein Gesetz angenommen wird oder nicht. Also: nicht graue Theorie, sondern aktuelles, zeitbezogenes Wissen soll vermittelt werden; nicht Wissen speichern soll der Schüler (dafür gibt es Bibliotheken und Computer), sondern denken, mitdenken, lernen, die richtigen Fragen zu stellen. Das ist die Grundlage der hessischen Rahmenrichtlinien (kurz RRL genannt). Wenn sie auch diese gestellte Aufgabe nur ungenügend erfüllen, so sind sie doch ein begrüßenswerter Anfang. Nun aber scheint das manchen nicht in den Kram zu passen, diese Gesamtschule und ihre RRL. (Siehe obige Pressenotizen.) Wenn man genau hinschaut, so merkt man, daß es die Interessenvertreter der Oberschicht unseres Landes sind, die sich um ihre Extrawürste gebracht sieht. Denn für das Gymnasium, in dem die Doktoren-, Arzt- und Anwaltssohnen unter sich waren, hätte dann die letzte Stunde geschlagen. Und das ist diesen Herren natürlich ein Dorn im Auge. Also versuchen sie (mit Hilfe des kommunistischen Schreckgespenstes) alle neuen Bestrebungen im Zusammenhang mit der Schule und den Lehrplänen verächtlich zu machen. Und da passieren die tollsten Dinge. Da geht z.B. ein Lehrer aus einer Gesamtschule weg und geht ans Gymnasium. Begründung: er möchte keine Arbeiterkinder unterrichten. Da geht eine Gruppe von Eltern her und schickt ihre Kinder nach Darmstadt ins Gymnasium – und die Stadt Mörfelden soll ihr den Schulbus mitfinanzieren! Das alles zeigt: die da Wirbel um die neue Schule und ihre Lehrinhalte machen, das sind gerade die richtigen. Für die arbeitende Bevölkerung muß klar sein: Für sie ist die Gesamtschule, sind die Rahmenrichtlinien gut und nicht schlecht.

Alfred J. Arndt

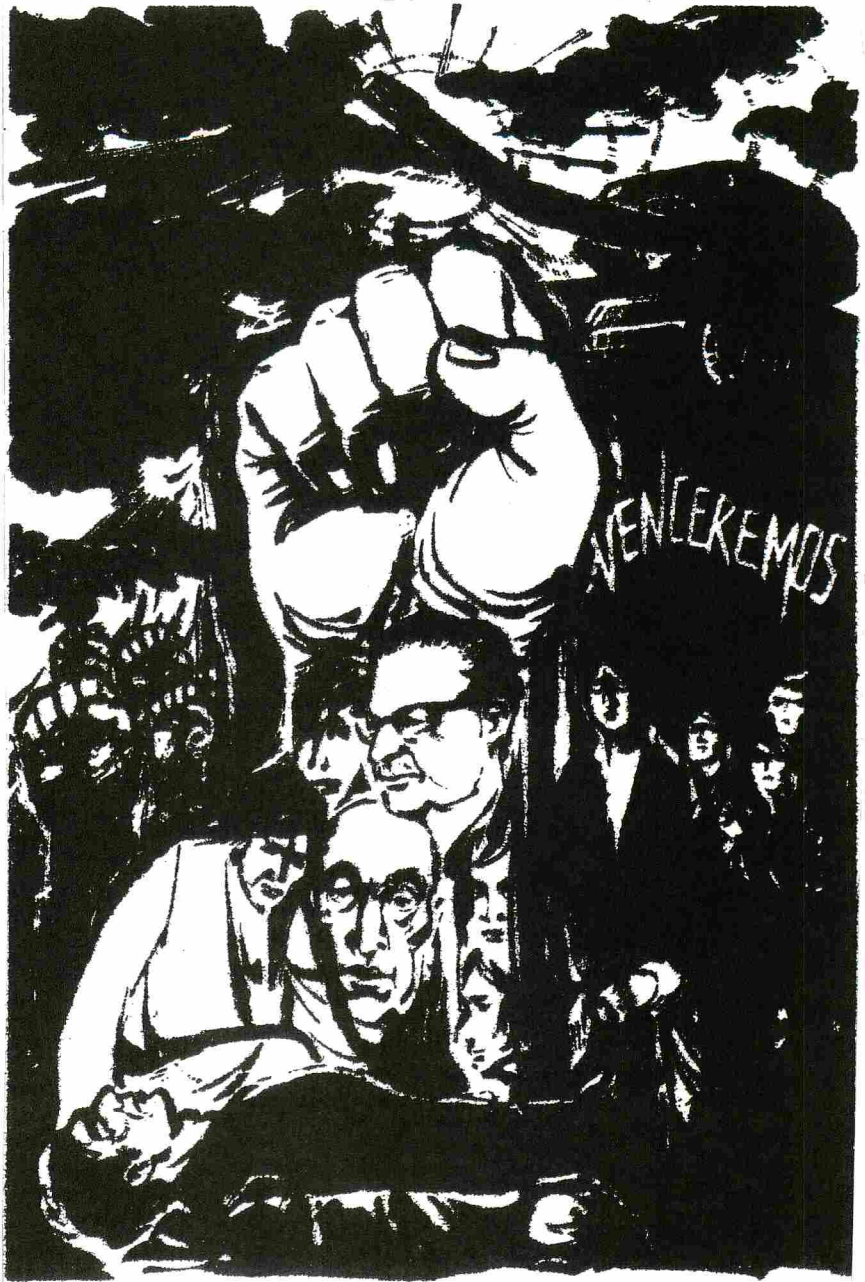
Bankiers-Vertrauen

Die CDU/CSU verlangt die weitere Unterstützung der Mordjunta in Chile. Der entwicklungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Todenhöfer, hat am Ostersonntag, nach seiner Rückkehr von einem Besuch der Junta, von der Bundesregierung verlangt, einen zugesagten Kredit in Höhe von 45 Millionen an die faschistischen Generale auszuzahlen.

Der CDU/CSU-„Experte“ verwehrte sich gegen die Ansicht, Kredite an Chile erst dann zu gewähren, wenn dort die Menschenrechte wieder eingehalten werden. Todenhöfer hat, wie andere Chile-Reisende seiner Fraktion schon vor ihm, damit in den Chor derjenigen eingestimmt, die auch in der Bundesrepublik die Mordjunta salonfähig machen wollen. Er stimmt dabei voll mit der in die gleiche Richtung zielende Propagandakampagne des internationalen Großkapitals überein, jetzt in Chile zu investieren. So hat erst vor wenigen Tagen die großbürgerliche „Wirtschaftswoche“ in einem Bericht über das faschistische Chile betont, daß die Junta „vom ersten Tage an“ ihr „Bekenntnis zum privaten Unternehmertum abgelegt“ habe. „Die Arbeitslosigkeit“, so schreibt das Blatt weiter, „hat sich verdoppelt, aber das Vertrauen der internationalen Bankiers ist zurückgewonnen.“

Und wo das Vertrauen der internationalen Bankiers angesiedelt ist, da kann die CDU/CSU nicht weit sein. Herr Todenhöfer beweist es.

Was schert ihn und seinesgleichen die Menschenrechte. Hauptsache, die internationalen Bankiers können investieren und Profit scheffeln. Demokratie und Menschenrechte sollen offenbar nur solange gelten, wie die Superprofite nicht gefährdet sind.



Die Solidarität geht weiter

Der „blickpunkt“ hat zum 1. Mai ein Chile-Solidaritäts-Poster (unser Bild) herausgegeben. Für DM 2,- ist es bei der „bp“-Redaktion und allen Mitgliedern der DKP zu erhalten.

Auszug aus dem Aufruf des Parteivorstandes der DKP zum 1. Mai 1974

Arbeitersolidarität sichert Arbeiterinteressen

Die Deutsche Kommunistische Partei ruft die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Angestellten und Beamten, die arbeitende und lernende Jugend: Vereinen wir am 1. Mai 1974, dem Internationalen Kampftag der Arbeiterklasse, unsere Kraft, um in machtvollen Aktionen die brennenden sozialen, politischen und demokratischen Forderungen der arbeitenden Bevölkerung unüberhörbar in die Öffentlichkeit zu tragen.

Das erfordert starke, unabhängige und an den Klasseninteressen orientierte Gewerkschaften. Das erfordert die Festigung der Aktionseinheit, insbesondere von Kommunisten und Sozialdemokraten. Das erfordert eine Stärkung der DKP als Partei der Arbeiterklasse und die Verbreitung der Arbeiterzeitung, der UZ.

Stellen wir daher am 1. Mai den konzentrierten, massiven Angriffen der Herrschenden auf die Rechte und die Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung die geschlossene Front der Millionen Arbeiter und Angestellten

für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt entgegen.

Die DKP grüßt am 1. Mai die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Angestellten und Beamten, die arbeitende und lernende Jugend, die gemeinsam gegen die Willkür des Großkapitals kämpfen. Unser Gruß gilt der internationalen Arbeiterklasse, die in solidarischer Verbundenheit gegen Monopolmacht, nationale Unterdrückung und Reaktion zusammensteht. Wir grüßen die Werktätigen der sozialistischen Länder, die befreit von Ausbeutung und Unterdrückung, erfolgreich für eine neue Gesellschaft wirken.

